

Kirche als Zudienerin des WEF?

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kirche als Zudienerin des WEF?

Mit 2330 Personen, die den acht «Panels» des Open Forum Davos (OF) vom 27. bis 30. Januar folgten, seien die Erwartungen der Trägerorganisationen «mehr als erfüllt worden», schreibt der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) in einem Communiqué vom 30.01.05. Dem kann ich in quantitativer Hinsicht nicht widersprechen. Aber das Communiqué attestiert dem OF darüber hinaus, es sei eine «bedeutende Plattform der Auseinandersetzung» gewesen. Ja, es sei «gelingen, wichtige Aspekte der komplexen Frage <Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?» im kritischen Dialog mit der Öffentlichkeit zu diskutieren», wird Thomas Wipf, der Präsident des SEK, zitiert. Dieser positiven Einschätzung vermag ich nicht zu folgen. Ich habe am OF weder einen echten Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft noch eine fundierte wirtschafts- und unternehmensethische Fragestellung wahrnehmen können. Dass der SEK in seinem Kommuniqué völlig unkritisch das Gegenteil behauptet, ist für jemanden, der alle Veranstaltungen besucht und für sich protokolliert¹ hat, wenig verständlich.

Es gibt eine Reihe von Kriterien, nach denen sich Sinn und Erfolg einer solchen Veranstaltung beurteilen lassen. Sie alle führen zu keinem anderen Ergebnis. Ich gehe sie der Reihe nach durch: 1. Standpunkte (in theologischer bzw. sozialetischer Sicht), 2. Dialog oder Dialogverweigerung, 3. Gesprächsführung und -verhinderung, 4. Legitimation und «Profit». In einem zweiten Teil möchte ich die Voraussetzungen formulieren, unter denen ein OF in Zukunft sinnvoll und ethisch gerechtfertigt sein könnte.

Bei diesem Text handelt es sich um den unwesentlich gekürzten und überarbeiteten Bericht für die OeME-Kommission Bern-Stadt über das OF 2005.

W. Sp.

1. Position der Kirche

1.1. Standpunktlosigkeit gegenüber dem «Schrei der Armen»

Während das wirtschaftsliberale Credo der auf den Podien versammelten CEOs und Bundesräte von allem Anfang an allgegenwärtig ist, bleibt die Botschaft der Kirche verhalten. SEK und Brot für alle (BFA) als kirchliche Trägerorganisationen haben es versäumt, sich als Dialogpartner des WEF zu positionieren. Dass es eine *globalisierungskritische Erklärung des Reformierten Weltbundes (RWB)* gibt, die auch von den Delegierten des SEK im letzten Sommer in Accra verabschiedet wurde, ist den wenigsten Teilnehmer/innen am OF bewusst. Die Accra-Erklärung liegt zwar in unansehnlichen Fotokopien auf dem Büchertisch, aber auf den Podien spielt sie nur zweimal eine – erst noch untergeordnete – Rolle. SEK und BFA halten es nicht für nötig, sich von allem Anfang an hinter diese «Glaubensverpflichtung» von Accra zu stellen und den Teilnehmenden bewusst zu machen, dass *Wirtschaftsgespräche* für die Kirche immer auch *Glaubensgespräche* sind und sein müssen.

Einzig der Generalsekretär des RWB, Setri Nyomi, hat am 6. Panel «Die Schweiz: Vom Musterland zum Durchschnittsstaat?» versucht, das «ungerechte System» als solches zu thematisieren. Es führe, sagte er, zu grösserer Armut in Afrika und Lateinamerika. Nyomi beklagte auch die Vorherrschaft von Gier und Selbstsucht, die sich auf eine liberale Doktrin stützten. Aber einmal davon abgesehen, dass von «Accra» überhaupt erst am 6. Panel die Rede war, blieb den Anwesenden der Stellenwert dieses ebenso revolutionären wie spirituellen Wortes fremd. Es hätte dazu eines eigenen Podiums bedurft, mit Nyomi im Zentrum (statt linksausen), mit Theologen von Rang und Engagement eines Ulrich Duchrow, einer Bischöfin Warten-

berg-Potter und CEOs bzw. Politikerinnen, die bereit und in der Lage gewesen wären, sich mit dieser Erklärung auseinanderzusetzen.

Dass «Accra» dem SEK im Grunde nur peinlich ist, vor allem, wenn «man» sich mit den ganz Grossen der Weltwirtschaft trifft, zeigte sich auch auf dem letzten Podium, als *Christoph Stückelberger* von *Urs Leuthard* nach der Systemkritik in dieser Erklärung des RWB befragt wurde (sich von ihm wohl auch gezielt dazu befragen liess). Statt das Publikum die prophetische Kraft des Wortes von Accra spüren zu lassen, wiegelte Stückelberger ab: Die Schärfe der Kritik sei von den Kirchen des Südens verlangt worden. Und ja: «Der RWB hat scharfe Worte formuliert, aber die Wirklichkeit hat verschiedene Seiten.» Was «Accra» anklage, fuhr Stückelberger (deskriptiv und distanziert) fort, seien «Sachzwänge», die Unternehmungen daran hinderten, die ethischen Werte umzusetzen. Es gebe den «Terrorismus der Börse», der zur Gewinnmaximierung zwingt und so die Freiheit der Unternehmungen einschränke.² «Accra» wolle eine Alternative. Welche, sagte Stückelberger nicht. Und niemand fragte ihn danach! Warum diese «Sachzwänge» die «Integrität des Evangeliums» bedrohen und unser Christsein in Frage stellen, hörten wir nicht. So fehlte dem Votum die theologische Deutlichkeit und erst recht die prophetische Schärfe, die von «Accra» ausgehen müsste.

Engagiert und mit Überzeugung hat *Bärbel Wartenberg-Potter* auf dem Podium «Sind die USA auf dem richtigen Weg?» den Fundamentalismus der US-Administration als «häretisch» angeklagt. Aber auch dieses Votum verhallte ins Leere. Die kirchlichen Trägerorganisationen des OF hätten es in der Hand gehabt, sich hinter diese Kritik zu stellen und der Bischöfin das Gewicht zu geben, das ihr zukommt. Stattdessen hat man sie mit drei männlichen Verteidigern des Irakkriegs aus dem politischen US-Esta-

blissement konfrontiert, die es nicht für nötig hielten, auf die Bischöfin auch nur mit einem Wort einzugehen.

Während «Accra» wenigstens am Rande erwähnt wurde, kam das (ökumenische) «*Wort der Kirchen*» der Schweiz vom 1. September 2001 in den Voten der Kirchenvertreter am OF überhaupt nicht vor. So haben SEK und BFA es versäumt, die 0,7 Prozent des BSP für die Entwicklungszusammenarbeit als kirchliche Forderung darzustellen. Einzig *Heiner Studer* hat als BFA-Vertreter den Abstand der Schweiz von dieser Forderung beklagt. Darüber hinaus verlangt das «*Wort der Kirchen*» die «*Tobin Tax*» im Sinne einer «globalen Steuer auf Devisentransaktionen», um die internationalen Finanzflüsse zu regulieren, die sonst «ganze Volkswirtschaften aus dem Gleichgewicht» bringen. Was sollen solche Erklärungen, wenn sie von den Kirchenleitungen, die sie verabschiedet haben, nicht ernst genommen werden? Dabei hätten *Jacques Chirac* und insbesondere *Gerhard Schröder* durch ihre Reden an das WEF auch den OF-Verantwortlichen für die vertiefte Erörterung der Tobin Tax einen Steilpass geliefert.

Die reformierte Kirche Schweiz hat nicht nur die eigene Position verleugnet, so sie eine hat, sie hat auch nichts unternommen, um die «*Schreie der Armen und das Stöhnen der Schöpfung*» (Accra-Erklärung, Nr. 28) zum zentralen Thema des OF zu machen.

1.2. Sozialethische Defizite

Die einfachen Wahrheiten, dass es ein *Gemeinwohl* gibt, das dem Markt übergeordnet ist, dass der *Mensch im Mittelpunkt* auch der Wirtschaft steht und dass die *Arbeit den Vorrang* hat *vor dem Kapital*, wurden von der kirchlichen Seite der OF-Trägerschaft nicht wirklich reflektiert und in die Diskussion eingebracht.

Das Transparent «*Wirtschaft muss Menschen dienen*» hing zwar auch im

Saal des OF. Es zeigt ein Bild aus der Kirche Waltensburg (GR), auf dem Jesus dem Petrus die Füsse wäscht. Doch niemand fühlte sich dadurch provoziert. Mit der neoliberalen Brille vor Augen dient Profitmaximierung einer starken Wirtschaft und diese wiederum dem Gemeinwohl. Je mehr Markt, desto mehr Gemeinwohl. Was als christliche Herausforderung gedacht war, erwies sich in der Rezeption durch alle und jeden als *Leerformel*. Auftrag der Kirche wäre es, die Menschen, also auch die Manager/innen, *sozialethisch zu alphabetisieren*, damit die neoliberale Marktgläubigkeit sich nicht länger ein christliches Deckmäntelchen umhängen darf. Kirche müsste darauf insistieren, dass der Markt nicht an sich gerecht ist, sondern dass seine Ergebnisse nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und natürlich auch der Nachhaltigkeit zu prüfen und zu korrigieren sind. Soziale und ökologische Marktwirtschaft weltweit – das wäre der Anspruch, der am OF auch nicht ansatzweise debattiert wurde.

Innerhalb der Sozial- und Wirtschaftsethik ist die *Unternehmensethik* immer wichtiger geworden. Das erste Panel wie das letzte «Wann dient die Wirtschaft den Menschen?» standen denn auch unter einer unternehmensethischen Fragestellung. Aber erst an der letzten Veranstaltung sagte Stückelberger endlich das, was an den Anfang des OF gehört hätte: «Gewinn ist wichtig, aber wie entsteht er und wofür wird er eingesetzt? Es gilt der Grundsatz: ›First justice and than charity.‹»

«Macht sich die Beachtung der Menschenrechte bezahlt?» hiess das Thema des ersten Panels, eigentlich ein seltsamer und schon im Ansatz fragwürdiger Titel. Überhaupt hätte bei der Vorbereitung des OF ein Blick in die «Integrative Wirtschaftsethik» von Peter Ulrich gelohnt.³ Eine «Unternehmensethik», die nur nach dem gewinnbringenden Nutzen von Ethik fragt, diese also nur als «Rentabilitätsfaktor» gelten lässt, nennt

Ulrich «*instrumentalistisch*». Das kann auch nicht die Ethik sein, die von kirchlicher Seite unterstützt werden dürfte. Nicht viel anders steht es um die «*karitative Unternehmensethik*», die Uwe Doerker von der internationalen Expresssendungsfirma DHL am Tsunami-Panel «Die Hilfe nach der Flutwelle» vertreten hat, als er meinte, wirtschaftliches Handeln sei ethisch, wenn die Unternehmungen karitativ tätig seien. «Unternehmensethik», die erst dann einsetzt, wenn die ethisch relevanten Fragen aufhören, reduziert sich auf reine «Spendenethik». Eine echte Unternehmensethik kommt aber nicht erst «post festum» zum Zug, sondern sie fragt von allem Anfang an, wer was wie und für wen produziert. Es ist mir unbegreiflich, warum die kirchliche Seite den unternehmensethischen Diskurs weitgehend sich selbst überliess, ohne klärend einzugreifen.

Nicht anders verhielt es sich mit den *Menschenrechtsfragen*, die an der ersten Veranstaltung thematisiert wurden. Das Podium schwadronierte über die Freiwilligkeit der (sich allenfalls bezahlt machenden) Menschenrechte, ohne sich im geringsten um eine präzise Begrifflichkeit zu bemühen. Zunächst einmal fiel auf, dass die Menschenrechte nicht einmal inhaltlich thematisiert wurden. Gehören die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit auch dazu? Schon gar nichts wurde zum Rechtscharakter der Menschenrechte gesagt. Gibt es Rechte ohne «die Befugnis zu zwingen» (Kant)? Und wer ist Adressat der Menschenrechte? Bislang war es der Staat (von der rechtstheoretisch umstrittenen Horizontal- oder Drittwirkung abgesehen). Können einzelne Private, auch einzelne Privatunternehmungen, und seien sie noch so gross, Adressaten von Menschenrechtsansprüchen sein? Die Frage stellt sich neu, wenn Staatsversagen dazu führt, dass die Durchsetzung der Menschenrechte an Multis delegiert wird. Aber

können sie Menschenrechte durchsetzen, ohne Träger von politischer Autorität zu sein? Oder sollen sie die Menschenrechte im eigenen Bereich beachten, z.B. Abstand nehmen von Kinderarbeit, von Repression gegenüber Gewerkschaftern und Umweltschützerinnen, auch wenn kein Staat da ist, der sie dazu zwingt? Fragen über Fragen, die ungeklärt blieben, womit der ganzen Diskussion etwas Verworrenes anhaftete.

Es wurde nur noch diskutiert, ob Menschenrechte der «Freiwilligkeit» anheimgestellt werden dürften. Tatsächlich gibt es für diese freiwillige Selbstverpflichtung den *Global Compact der UNO*, dem sich inzwischen 1000 Unternehmen angeschlossen haben. Er sei «gegen strenge Regeln und für Freiwilligkeit», meinte *Gary Steel* von ABB, was die Generalsekretärin von Amnesty International *Irene Khan* zur Gegenfrage veranlasste, ob denn die Achtung der Menschenwürde «dem Markt überlassen» werden dürfe. Ich fühlte mich zurückversetzt in die Zeit vor der bürgerlichen Revolution, als der König von Frankreich belehrt werden musste: «La liberté, Sire, n'est pas un privilège, c'est un droit.» Auch zu dieser Diskussion wäre ein sozialetisches Vor-Wort am Platz und hilfreich gewesen.

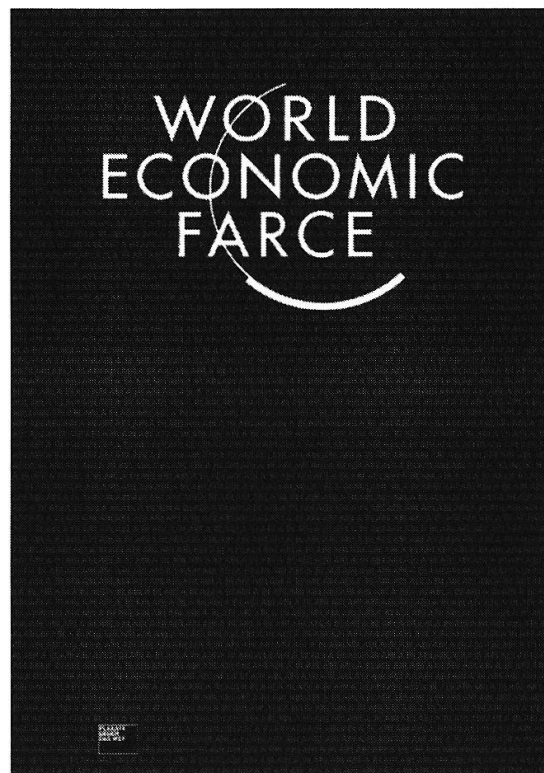
Zur Sozialethik hätten ebenfalls die *Genderaspekte* gehört. Diese wurden nirgendwo systematisch untersucht. Wenn überhaupt, ergaben sie sich «spontan», vor allem im Zusammenhang mit den Mikrokrediten und der höheren Kreditwürdigkeit der Frauen. Schon gar nicht wurden sie bei der Zusammensetzung der Podien beachtet. Immerhin gehört «Geschlechtergleichheit» zum Aktionsplan von Accra...

1.3. «Moderation» als Alternative?

Die reformierte Kirche Schweiz hat am OF *keinen Standpunkt* bezogen, sondern eine *Moderatorenrolle* übernommen und sie gleich wieder an professionelle Moderator/innen delegiert. Das ist ein Ar-

mutszeugnis. Wenn z.B. ein grosser Medienkonzern wie Tamedia mit dem WEF ein Open Forum veranstalten würde, sähen die Podien kaum anders aus. Es kämen nur nicht die Leute, die meinen, sich auf die Glaubwürdigkeit der Kirche als Mitveranstalterin verlassen zu dürfen.

Vor Tische las man's anders. «Ob Wirtschaft ethisch ist, misst sich daran, ob sie den Menschen, vor allem den Schwächeren, dient oder ob sie Instrument der Machtausübung und Profitmaximierung durch wenige ist», sagte *Thomas Wipf* in seiner Eröffnungssprache. Motivation von SEK und BFA



für das OF sei das *Ziel einer menschenwürdig gestalteten Wirtschaft und Politik*. Aber da war keine Kirche, die während der Gespräche ein sozialetisches «Controlling» auch nur ansatzweise versucht hätte. WEF-Direktor *André Schneider* dagegen sprach von einem Brückenschlag zwischen dem WEF und der Bevölkerung, um auch auf die «Schatten-seiten der Globalisierung» einzugehen – von der Kirche als Dialogpartnerin sagte er nichts.

Christoph Stückelberger hatte an der

Veranstaltung der OeME-Kommission Bern-Stadt vom 8. September 2004 das OF als Teil einer *Gesamtstrategie von BFA* vorgestellt mit dem Ziel, «das Verhalten von (besonders international tätigen) Unternehmen in Richtung sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Verantwortung ... zu beeinflussen». Die Frage könne daher nur heissen: Gelingt es dem OF im Rahmen dieser «Gesamtstrategie» eine Gelegenheit zu schaffen, «mit internationalen Spitzenvertretern, zu denen BFA allein sonst den Zugang nur schwer hätte, in eine Auseinandersetzung zu treten: mit CEOs von international tätigen Firmen, UNO-Organisationen wie der ILO und mit Regierungsvertretern aus Süd und Nord»?⁴ Von einer derartigen «Auseinandersetzung» am OF keine Spur! Wenn es sie gab, dann hinter den Kulissen, nicht im «kritischen Dialog» mit der Öffentlichkeit. Aber dazu braucht es kein OF.

Selbst die eigenen *Evaluationskriterien des SEK* erwarten von der Kirche am OF eine «fundierte Artikulation von wirtschaftsethischen Werten der evangelischen Theologie und Ethik in der Öffentlichkeit», ja «konkrete wirtschaftsethische Handlungsempfehlungen» und sogar eine «substantielle Auseinandersetzung mit Kernaussagen ... der Beschlüsse der 24. RWB-Generalversammlung in Accra». Gemessen an diesen Erwartungen ist das OF alles andere als die vom SEK gerühmte «bedeutende Plattform der Auseinandersetzung» gewesen.

Natürlich könnte die Kirche eine Rolle als «Moderatorin» übernehmen. Nur müsste sie diese Rolle klar deklarieren und – im Widerspruch zu «Accra» – auch begründen. Stattdessen zog sie sich auf eine undefinierte *Rolle des Sowohl-als-auch* zurück. Mitunter war nicht einmal klar, dass sie überhaupt eine Rolle spielte. Bei der Diskussion über die Macht von Aktionär/innen und Konsument/innen fiel im Publikum die Bemerkung, die Teilnehmenden wüssten offenbar gar

nicht, dass die Kirche hinter dieser Veranstaltung stehe. Das Thema hätte ja auch die Möglichkeit geboten, die Geldanlagen der Kirchen ethisch zu beurteilen...

2. Scheindialoge⁵

Die Frage nach der Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft stellte sich vor allem bei den *kontroversen Panels*. Sie sind allesamt misslungen, weil es an eben dieser Dialogizität fehlte. Gelungen sind dagegen die nicht kontrovers angelegten Podien, die eher «*Informationsveranstaltungen*» waren, streckenweise sogar «Kundgebungen» glichen. Ich zähle dazu die Panels über Kinderrechte («Braucht es eine Revolution für Kinder?»), Mikrokredite («Unternehmertum: Der Schlüssel zur Entwicklung?») und allenfalls noch Verbraucher/innen-Macht («Aktionäre und Konsument/innen: Welche Macht haben sie wirklich?»). Hier haben sich die Teilnehmenden auf dem Podium in erster Linie ergänzt.

Anders verhielt es sich dort, wo der *Dialog* für Sinn und Erfolg des OF entscheidend gewesen wäre. Auch wenn keine allzu offene Gesprächsverweigerung feststellbar war, so gab es doch jede Menge subtilere Formen, um dem Dialog auszuweichen. Man ging nicht wirklich auf die andere Seite ein, sondern immunisierte sich gegen ihre Kritik oder holte zur polemischen Gegenattacke aus. Ich habe am OF insgesamt *neun «Idealtypen» von Scheindialogen* analysiert:

Am Podium «Macht sich die Beachtung der Menschenrechte bezahlt?» wurde *Lord Browne of Madingley*, der Konzernleiter von BP, gefragt, was er von der Nomination seines Unternehmens für den *Public Eye Award* in der Kategorie Arbeitsrechte halte. «Stimmt alles nicht», lautet die Antwort. (Mit der Nomination sollte BP aufgefordert werden, beim Bau der Pipeline von Baku nach Tblishi und Ceyhan das internationale Arbeitsrecht zu befolgen, statt es in einem Vertrag mit den Regierungen

von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei wegzubedingen.) Als der BP-CEO merkte, dass die *blosse Leugnung* solcher Machenschaften nicht verfiel, relativierte er die *Fakten zu Meinungen*. Das hiess nun: «Alle haben das Recht, zu prüfen, was BP tut, aber es gibt halt unterschiedliche Blickwinkel.» Fakten müssen so gar nicht mehr geprüft werden, es genügt, die Meinungsfreiheit zu «respektieren».

Leugnen ist eine Form der Dialogverweigerung, Fakten zu Meinungen zu machen eine andere. Als dritte Form der Dialogverweigerung machte Lord Browne den Auftakt zu der am Open Forum meistgehörten Antwort oder Ausflucht: *Wir alle machen Fehler*. «Natürlich macht BP Fehler – wie alle anderen auch.» So werden eigene Unzulänglichkeiten ohne weitere Präzisierung eingeräumt – und scheinbar unangreifbar dem Menschlich-Allzumenschlichen zugeordnet. Nobody is perfect. Was bescheiden daherkommt, erweist sich als eine besonders raffinierte Variante von Überheblichkeit.

«Auch wir machen Fehler», bekannte auf demselben Podium Gary Steel, der oberste Personalchef von ABB. Welche Fehler, sagte er nicht. Aber er formulierte zwei «*Dilemmata*» als eine vierte Variante des Scheindialogs: Transnationale Unternehmen müssten nun mal in «menschenrechtliche Problemgebiete» gehen, vom Sudan bis China. «Wenn wir nicht hingehen, dann tun das die andern.» Was freilich die tun, die hingehen, ist damit noch lange nicht beantwortet. Das zweite Dilemma wendet einen vermeintlichen Sachzwang ins Humanitäre: «Wenn wir keinen Profit machen, dann sind wir nicht im Geschäft, wenn wir nicht im Geschäft sind, können wir nicht helfen.» Auf die Frage, warum ABB mit dem Bau des *Merowe-Staudamms* im Sudan eine ganze Bevölkerung vertreibe, antwortete Steel: «Da haben Sie mehr Informationen als ich selbst. Aber immerhin bringen wir den

Leuten Strom. Es ist eine langfristige Frage, wie wir das Gute bewirken. Weitere Details können wir hier nicht diskutieren.»

Im *Vertrösten auf die gute Zukunft*, dieser fünften Ausweichvariante, waren Gary Steel und der CEO von BP unübertrefflich. Natürlich seien «Menschenrechte wichtig», sagte Lord Browne. BP wolle auch «nicht nur den Gewinn betrachten», aber die Multis seien überfordert, wenn sie die Menschenrechte von heute auf morgen durchsetzen müssten. Dass es dabei nicht um heute oder morgen geht, sondern um Leben und Tod, sagte er nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung werde die Menschenrechte von selbst voranbringen. Ohne solchen «Optimismus» könne «die Wirtschaft» nicht leben. «Das Beste steht uns noch bevor!» Das Prinzip Hoffnung wird neoliberal.

Allerdings können die Unternehmungen ihre Wohltaten nicht nur rühmen, sondern auch als Drohung einsetzen. So meinte der BP-Lord, man solle die Konzerne nicht dafür schelten, dass sie Gewinn machen. Er sagte es auf die Frage, warum die Armen arm bleiben und die Reichen reicher werden. In Grossbritannien komme schliesslich jedes 6. Pfund im Rentenfonds von BP. Diese sechste Form der Dialogverweigerung nenne ich das «*Geiselargument*».

Es war, als ob die CEOs einem einheitlichen Briefing folgten, wie mit unbequemen Fragen umzugehen sei. «Alle machen Fehler», hörten wir später wieder am Panel «Sind die USA auf dem richtigen Weg?» Der republikanische Kongressabgeordnete James A. Leach beantwortete damit die Frage nach dem *Folterskandal von Abu Ghraib*. Auch das Geiselargument war an diesem Podium zu vernehmen. Ein ehemaliger Berater der Bush-Administration erwartete mehr Respekt gegenüber der US-Regierung, schliesslich seien die USA die «wichtigste Wachstumsmaschine für Europa».

Die Bundesräte Couchepin und Deiss

beherrschen noch eine siebte Form der Dialogverweigerung: Sie sagen nichts Falsches, aber sind Meister im *Ver-schweigen der ganzen Wahrheit*. *Pascal Couchepin* wurde gefragt, warum sich die Schweiz nicht für Sozial- und Umweltklauseln in der WTO einsetze. Seine Antwort: «Man kann nicht alle Probleme auf einen Schlag lösen» – als ob es bislang nur an der Zeit und nicht am politischen Willen gefehlt hätte. Zuständig für das Soziale, so Couchepin weiter, sei die ILO – als ob die Internationale Arbeitsorganisation gleich harte Normen erlassen könnte wie die WTO. Ob die Schweiz «vom Musterland zum Durchschnittsstaat» mutiere, lautete die Titelfrage für dieses Podium. Steht das Bankgeheimnis etwa für das Musterland? Couchepin griff zum Geiselar-gument: Der Finanzplatz macht 8 % der Beschäftigten aus, generiert 12 % des BSP und 20 % der Steuern. Ethik hat hier einen schweren, wenn überhaupt einen Stand.

Joseph Deiss steht seinem Kollegen in nichts nach. Auf die Frage, ob er verbindliche UNO-Normen für verantwortliches Wirtschaften unterstütze, meinte der Wirtschaftsminister: Ja, er unterstütze den Global Compact der UNO zur Förderung verantwortlichen Handelns – dem Verbindlichkeit und Kontrolle doch gerade fehlen. Und die von der Menschenrechtskommission entwickelten UNO-Normen für Unternehmensverantwortung? Ihre Verbindlichkeit hänge nicht nur von der Schweiz ab, sagt Deiss. Aber dass die Schweiz sich aktiv für diese Verbindlichkeit einsetzen wolle, sagt der Virtuose der diplomatischen Sprache nicht.

Auf die Frage, was er von Grosskonzernen halte, die trotz Milliarden-gewinnen *Tausende von Arbeitsplätzen* abbauten, wick der Wirtschaftsminister aus: Es sei besser, Arbeitsplätze rechtzeitig abzubauen, als eine Firma zugrunde gehen zu lassen. Er erwähnte als negatives Beispiel die Swissair. Was aber,

wenn Arbeitsplätze nur abgebaut werden, um die Eigenkapitalrendite auf 15 und mehr Prozent zu steigern, obschon auch 8 Prozent mehr als genug wären? Das wäre doch die Frage gewesen.

Alle diese klammheimlichen Dialogverweigerer in den Schatten stellte *Nestlé-Chef Peter Brabeck*. Seine – die achte – Form der Dialogverweigerung, bestand darin, dem Kritiker *das Wort im Mund umzudrehen*. Es war nicht irgendein Kritiker, dem das widerfuhr, sondern der *Generalsekretär des RWB, Setri Nyomi*. Dessen – auf die Accra-Erklärung gestützte – Globalisierungskritik wurde von Brabeck in den Wind geschlagen, als hätte es sich um einen plakativen Rundumschlag gegen die Marktwirtschaft überhaupt gehandelt und nicht um eine durch und durch berechtigte Kritik an einer «Marktwirtschaft ohne Adjektive».

Es ist Brabeck auch gelungen, Kritik an Nestlé in ein dickes Selbstlob umzumünzen. In dieser – neunten – Form der Dialogverweigerung werden belastende Fakten nicht zur Kenntnis genommen, sondern durch den *Lobpreis der eigenen Wohltaten* verdrängt. Kritik an den Geschäftspraktiken von Nestlé in Kolumbien versuchte Brabeck zu unterlaufen, indem er das Gratulationsschreiben der Regierung Uribe zum 60-jährigen Wirken seiner Firma im Land verlas. «Hat das kolumbische Regime nicht auch Pablo Escobar gedankt, als dieser Universitäten sponserte», fragte jemand aus dem Publikum? «Aber bitte schön, wie kann man nur Nestlé mit der Drogenmafia in Verbindung bringen? Hat Nestlé in Kolumbien nicht 4800 Milchbauern angesiedelt und ihnen damit eine Alternative zum Kokainanbau angeboten? Auch der lösliche Kaffee wird im Land selber hergestellt, damit es mehr von der Wertschöpfung bekommt.» Nicht diskutiert wurden die aggressiven Werbekampagnen für künstliche Pulvermilch zum Schaden der Säuglinge, die Beschlagnehmung des öffentlichen Gutes

Wasser für den expandierenden Flaschenwassermarkt, die Verarmung der Bauern wegen Preisdumping für landwirtschaftliche Produkte oder die Zerschlagung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

Noch andere CEOs erhielten ein «open forum» für *ungehinderte Propaganda*. Claude Hauser rühmte beim Panel über Konsument/innen-Macht seine Migros, sie hätten die Löhne angehoben (von der 3000-Franken-Kampagne der Gewerkschaften und dem zusätzlichen Druck des Fernsehens war nicht die Rede), aber auch Bioprodukte und Fairen Handel initiiert (um das Feld nicht Coop zu überlassen – sagte er natürlich nicht). Auch das Tsunami-Panel brachte die Wohltätigkeitsagenturen der WEF-Multis nur einmal in Verlegenheit, als gefragt wurde, wie es sich mit der Ethik von Unternehmungen verhalte, die einer Bevölkerung helfen, die sie sonst durch *Steuervermeidung* schädigen. Sogar der entwicklungspolitisch versierte Markus Mugglin liess ihnen die Ausrede durchgehen, dass Steuerflucht nur aus Ländern mit einem nicht funktionierenden Staat und fehlenden Eigentumsrechten stattfinde. Wie steht es denn mit den Offshore-Konstruktionen, die Streuersubstrat aus allen Ländern abziehen? Warum figuriert Steuerhinterziehung nicht auch unter der WEF-Initiative gegen Korruption?

3. Dialogverhinderung

Von der Dialogverweigerung zu unterscheiden ist die Dialogverhinderung. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten: 1. Man wähle so viele Themen, dass alle nur angezappt, aber nicht vertieft werden können. 2. Man setze so viele «kompetente» Teilnehmer/innen auf die Podien, dass eine strukturierte Diskussion unmöglich wird. 3. Man engagiere Moderator/innen, die in erster Linie gewandt und nicht sachkundig sein müssen, und man hat die beste Gewähr, dass die relevanten Fragen verpasst werden.

Die Veranstalter des OF wählten gleich alle drei Varianten. Da es nicht Absicht war, muss es *Dilettantismus*, Zeitmangel bei der Vorbereitung, fehlende Absprache usw. gewesen sein.

1. Als «das grosse Zappen durch die Weltprobleme» hat Gerhard Schwarz, Wirtschaftsredaktor der NZZ, das WEF 2005 charakterisiert (NZZ 29./30.1.05). So ähnlich hat sich auch das OF 2005 dargestellt: von allem etwas und nichts wirklich fundiert (von den «Informationsveranstaltungen» abgesehen). Das *Zappen durch die grossen Probleme* war aber nicht nur das Ärgernis der einzelnen kontradiktorischen Podien. Auch die



Themenpalette über die acht Veranstaltungen war viel zu breit. Selbst der «Tsunami» musste noch hineingequetscht werden, ohne dass damit ein Erkenntnisgewinn verbunden gewesen wäre – ausser dem Staunen über die internationalen Firmen, die sich an Wohltätigkeit fast so überbieten wie an «Steueroptimierung».

Die Veranstaltungen hätten auf ein *Grundthema* wie «Menschenrechte», «Unternehmensethik» oder «Globalisierung der Gerechtigkeit» fokussiert wer-

den müssen. Der Versuch, alle Panels unter das Rahmenthema zu stellen: «Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?» entsprach zwar diesem Anliegen, wurde aber nicht durchgeführt. Was «Ethik» mit Wirtschaft überhaupt zu tun habe, wurde nie systematisch und fundiert beantwortet. Folglich gab es auch keine einigermaßen einheitliche oder doch klare Fragestellung, die den roten Faden durch die verschiedenen Themen hätte bilden können.

2. Podien, die vom Thema und von der Zusammensetzung her kontrovers angelegt sind, sollten die *Zahl von vier TeilnehmerInnen* nicht übersteigen. Sieben bis acht Leute auf dem Podium (den Moderator nicht eingerechnet) verunmöglichen jede Diskussion. Bis alle ihr Eingangsvotum abgegeben und vielleicht noch eine Zusatzfrage beantwortet haben, ist die Hälfte der Zeit verstrichen. Das Podium wird für das Publikum «geöffnet», und es beginnt die Beliebigkeit der Fragen und noch mehr der Antworten. Wer auf dem Podium sitzt, beantwortet ohnehin nur die Fragen, auf die er eingehen will. Er oder sie hat auch die Macht, Fragen zu beantworten, die gar nicht gestellt wurden. Sie sagen nur etwas zu einem Bereich, in dem sie sich stark fühlen, halten ihre Monologe, gehen auf allfällige Kritik nicht ein oder biegen sie nach eigenem Gusto zurecht. Die kritischen Fragen werden umformuliert, oft polemisch überzeichnet, so dass die Antwort leicht fällt.

3. Die meisten *Moderatorinnen und Moderatoren* waren gewandt, aber gerade bei den kontradiktorischen Panels *zu wenig mit der Sache vertraut*. Selbst Roger de Weck hat beim Panel über die Schweiz zwar kluge Fragen gestellt, aber die substanzlosen und selbstgefälligen Antworten einfach dahin plätschern lassen. Er versäumte es, die Couchepinschen Sprechblasen aufzustechen. Er stoppte auch Brabeck nicht, als dieser den Generalsekretär des RWB «abputzte» und ungefragt die Wohltaten seiner Firma in

Kolumbien pries. Ein gut vorbereiteter Frageraster gewährleistet noch keine gut geführte Diskussion. Diese Veranstaltung war der Tiefpunkt des OF, und erst noch der am meisten applaudierte...

4. Legitimation und Profit

Wem hat das OF zu Legitimation verholfen? Wer hat davon «profitiert». Die Frage wird überlagert von einem «*Jahrmarkt der Eitelkeiten*», wie er WEF und OF gemeinsam ist. Es gilt dann schon als Erfolg, wenn wichtige Global Players sich vor zahlreichem Publikum «der Diskussion stellen». Sich in ihrem und dazu noch etwas *bundesrätlichem Glanz* zu sonnen, kann auch für Kirchenmenschen zur Versuchung werden.

Gemäss dem SEK-Kommuniqué von Ende Januar ist nicht nur *Thomas Wipf* vom Gelingen des OF überzeugt, auch *Christoph Stückelberger* wird mit den Worten zitiert: «Viele Reaktionen von Teilnehmenden bestätigen, dass der direkte Dialog mit Entscheidungsträgern zur Schärfung ihres Problembewusstseins beiträgt. Konkrete Lösungsvorschläge sollen auch nach dem OF weiter verfolgt werden.» Wer so redet, erweckt den Anschein, als habe eine sinnvolle Auseinandersetzung mit «Entscheidungsträgern» stattgefunden. Er übersieht die Sprachspiele, mit denen diese sich dem Dialog gerade entzogen haben.

Damit aber ist die Rechnung der «Entscheidungsträger» voll aufgegangen. Das OF wurde für sie eine *grandiose PR-Aktion*, und das erst noch mit dem «Segen der Kirche». Die «Global Players» geben sich dialogbereit, menschlich, guten Willens, auch wenn dieser oft nicht durchsetzbar sei. Wenn die Ethik zu kurz kommt, sind nicht sie schuld, sondern die Staaten, die ihnen nicht die gewünschten «Rahmenbedingungen» zur Verfügung stellen, insbesondere keine Eigentumsrechte garantieren. Und im übrigen gilt (ausser für Brabeck): «Wir alle machen Fehler.»

Das Nachsehen haben die *kirchlichen*

Veranstalter. Ihre Botschaft wurde nicht gehört. Schlimmer noch: Sie schienen gar keine zu haben. Sie wurden *Zudiener der WEF-Strategen*, die sich mit dem OF möglichst «bürgernah» verkaufen möchten. Die kirchliche Trägerschaft hat das OF in den Augen der Öffentlichkeit glaubwürdig und sein Angebot «niederschwellig» gemacht. Aber letztlich ist es doch nur eine «Beibootveranstaltung» (Mathias Herfeldt nach dem OF 2004) des WEF. Die am WEF versammelten Konzernleitungen können sich hier von ihrer besten Seite zeigen.

Das Nachsehen haben die *Armen dieser Welt*, deren Schrei im Saal des OF nicht oder zu wenig gehört wurde.

Zweiter Teil: Bedingungen für ein sinnvolles Open Forum

1. Zachäus und das WEF

Es gibt gute Gründe, am Sinn eines Dialogs mit dem WEF zu zweifeln und das OF als dessen PR-Veranstaltung abzulehnen. Macht sich die Kirche nicht mit-schuldig am globalen Elend, wenn sie mit den *Verursachern dieses Elends* gemeinsame Sache macht, und sei es auch nur durch eine gemeinsame Veranstaltungsreihe wie das OF? Die Frage ist klar zu bejahen, wenn die Kirche so «zurückhaltend» auftritt, wie das in der letzten Januarwoche in Davos geschehen ist.

Aber grundsätzlich muss die Kirche das Gespräch mit der sog. Wirtschaft suchen. Natürlich nicht, um mit den Wölfen zu heulen, sondern weil sie eine Botschaft hat, die alle Menschen erreichen und niemanden ausschliessen will. *Zachäus-Konversionen* sind zwar selten, aber nie ganz auszuschliessen: «Herr, die Hälfte meines Vermögens will ich den Armen geben, und wenn ich von jemand zu viel gefordert habe, gebe ich ihm das Vierfache zurück» (Lk. 19,9). Die Botschaft der Kirche hat viel mit der *Option für die Armen* und der Delegitimation von ungerechtem, aber durchaus «lega-

lem» Reichtum zu tun. Das muss die Kirche gelegen oder ungelegen auch im Umgang mit CEOs von Weltkonzernen sagen (können).

Und gibt es nicht Anzeichen für ein *Umdenken am WEF*, sodass Gerhard Schwarz sich «stellenweise wie im falschen Film» wähnte, «so viel» sei «von Solidarität und Hilfe, vor allem für Afrika, und ganz allgemein von der Verbesserung der Welt die Rede» gewesen. Alles nur «eine Art sonntägliches Selbstanklageritual» (NZZ 29./30.1.05)? *Financial Times* spottet: «Wenn die Probleme der Dritten Welt durch Reden gelöst werden könnten, würde Schwarzafrika inzwischen wie Manhattan aussehen» (27.0.05). Dass wir nicht in der besten aller Welten leben und der Markt nicht alles richtet, scheint sich immerhin in einigen WEF-Köpfen festzusetzen. Auch am OF sind interessante, sogar überzeugende Unternehmerpersönlichkeiten aufgetreten, die vom WEF her kamen: *Robin Cornelius* von Switcher SA und *Orin C. Smith* von Starbucks Coffee. Und dann gäbe es Politiker/innen, die erwähnenswerter wären als die am OF anwesenden Bundesräte: die Friedensnobelpreisträgerin *Wangari Maathai*, die am WEF «viel von Solidarität gehört» haben will, aber auch *Trevor Manuel* und *Mandisi Mpahlwa* aus der Regierung Südafrikas, die sich eine globalisierungskritische Sicht aufs WEF bewahrt haben und dennoch den Gang dorthin nicht scheuten.

Die *Tabuisierung aller Gespräche* von Kirchenmenschen *mit WEF-Leuten* verheddert sich zudem in Widersprüche. Wer protestiert, will gehört werden, will die Global Players beeinflussen. Warum soll das nur durch Gegenveranstaltungen möglich sein? Warum nicht die Chance packen, ihnen «ins Angesicht» zu widerstehen? Kommt hinzu, dass auch an reinen Gegenveranstaltungen linke Identifikationsfiguren auftreten, die gegenüber dem WEF keine Berührungängste kennen: *Lula*, der am WEF und am

Weltsozialforum in Porto Alegre teilnahm, *Mary Robinson* und *Noreena Hertz*, die bei *Public Eye* je eine Eröffnungsansprache hielten, aber auch das WEF besuchten.⁶ Auf der andern Seite fehlten die Fachleute der *Erklärung von Bern* am OF, dieses wiederum hatte ein Publikum, das *Public Eye* fehlte. Dass der Publikumspreis bei den «*Public Eye Awards*» für unverantwortliche Konzerne an Nestlé ging, war z.B. Thema am OF, aber ohne Erklärung von Bern wurde es Brabeck zu leicht gemacht, darauf nicht einzugehen.

Es spricht auch nichts dagegen, dass die Veranstaltungen des OF *zeitgleich* mit dem WEF und *am selben Ort* wie das WEF stattfinden. Wie anders könnte es sonst möglich sein, CEOs und wichtige Politiker/innen auf ein solches Podium zu bringen und mit der Botschaft der Kirche zu konfrontieren? Ich habe Verständnis für Christoph Stückelbergers Argumentation: «In einer medialen Gesellschaft gehört zur Strategie für ein nachhaltiges, menschenfreundliches Wirtschaften die Notwendigkeit, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Es gehört zu den frustrierenden Erfahrungen, dass sich für hochqualifizierte Symposien von BFA in Bern kaum Medien interessieren und man nur mit einem speziellen Stargast eine Minute Tagesschau ergattern kann, während Medienschaffende zu Tausenden in Davos sind und dabei auch über das OF berichten. 2004 wurden die Podien des OF im Schweizer Fernsehen stundenlang übertragen. Medienpräsenz für die eigenen Anliegen dort zu nutzen, wo sie möglich ist, ist legitim und notwendig, wenn Veränderung geschehen soll.»⁷

Auch Thomas Wipf hat recht, wenn er in seinem Schlusswort sagt: «Einander zuhören ist kein Verrat an der eigenen Überzeugung, aber der Anfang die Probleme zu lösen.» Nur eben: Die «*eigene Überzeugung*» sollte transparent gemacht, der Dialog mit anderen «*Überzeugungen*» geführt und dann erst noch

der Wille und die Kapazität zur Problemlösung sichergestellt werden.

2. Kriterien der Dialogizität

Und das wären die Bedingungen oder Voraussetzungen, unter denen ein von Kirche und WEF gemeinsam veranstaltetes OF für mich in Zukunft sinnvoll sein könnte:

1. *Rahmenthema*: Zuerst müssen sich die Veranstalter wie üblich auf ein Rahmenthema einigen.

2. *Botschaft*: Beide Seiten legen dar, warum ihnen dieses Thema wichtig ist und welche Botschaft sie damit verbinden. Von der kirchlichen Seite ist zu erwarten, dass sie diese Botschaft schriftlich darlegt bzw. auf verbindliche Texte wie «*Accra*» oder das «*Wort der Kirchen*» verweist und sich dahinter stellt.

3. *Inhaltliche Vorbereitung*: Zur Vorbereitung gehört eine analytische und sozialetische Begrifflichkeit, die es erlaubt, auf präzise Fragen mehr als nur ausweichende Antworten zu erwarten. Beide Seiten verfassen – einvernehmlich oder kontrovers – entsprechende Arbeitspapiere. Sie sind den Teilnehmenden auf den Podien vorgängig auszuhändigen und auch dem Publikum zugänglich zu machen.

4. *Gesprächsthemen*: Die Thematik der einzelnen Veranstaltungen sollte genau auf das Rahmenthema abgestimmt und als dessen Konkretisierung deutlich werden. Die Begriffe und Werte, um die es bei solchen Panels geht, müssten vorgängig definiert und erläutert werden.

5. *Präsenz der Kirche*: Die Seite der Kirche ist auf allen kontroversen Podien – klar deklariert – vertreten. Sachkompetenz und Engagement für die «*Sache*» sind selbstverständlich. Jedes derartige Podium muss als Dialog zwischen «*Kirche und Welt*» verstanden werden. Die Kirche wird sich überlegen müssen, wie sehr sie mit dem System verhängt ist, das sie vom Evangelium her ablehnt. Das gilt z.B. auch für die Frage, wie und wo die Kirche ihr Geld anlegt.

6. *Spiritualität*: Kirche hat deutlich zu machen, dass Wirtschaftsgespräche immer auch Glaubensgespräche sind. Bibelarbeit und Meditation gehörten zu einer solchen Veranstaltung. Die wirtschaftsethische Botschaft der Kirche wird ernst genommen, wenn diese die «Fülle des Lebens» nicht nur einklagt, sondern auch im Glauben bezeugt, lebt und feiert.

7. *Sachverstand*: Wenn am OF ein Konzern vertreten ist, dem erhebliche Vorwürfe gemacht werden – Ausbeutung von Arbeitskräften und Gewerkschaftsfeindlichkeit, Plünderung natürlicher Ressourcen, Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen durch Preisdumping usw. –, dann muss bei den Veranstaltern Klarheit über die Berechtigung dieser Kritik bestehen, dann muss zumindest eine Fachperson dabei sein, die solche Vorwürfe belegen kann, dann darf es auf gar keinen Fall sein, dass ein solcher Konzern sich faktenwidrig als Wohltäter in Szene setzt.

8. *Keine Fluchtwege*: Damit kontroverse Fragen ausdiskutiert werden können, müssen die Podien so zusammengesetzt sein, dass sie möglichst wenig Fluchtwege zulassen. CEOs und Politiker/innen sind mit Fachpersonen zu konfrontieren, die Sprechblasen zum Platzen bringen (Jean Ziegler versus Peter Brabeck, Peter Ulrich versus Couchepin, Ulrich Duchrow versus Deiss, Noreena Hertz versus Lord Browne of Adingley, Mary Robinson versus Gary Steel usw.). Die Zahl der Podiumsteilnehmer/innen ist auf höchstens vier zu begrenzen, und der Moderator oder die Moderatorin müssen vom Thema etwas verstehen. Von der Forderung, dass im Schnitt wenigstens die Hälfte der Teilnehmenden Frauen sein sollten, dürfen nur Konzerne abweichen, die noch keine Frauenförderung kennen und das auch selbstkritisch einräumen...

9. *Informationsveranstaltungen*: Daneben soll es weiterhin Informationsveranstaltungen geben, auch solche mit

Kundgebungscharakter, die wegweisend und hoffnungstiftend sein können.

10. *Spurgruppe*: Die kirchliche Seite sollte sich durch eine basisnahe Arbeitsgruppe, in der auch WEF- und OF-Kritiker/innen mit dabei sind, beraten und begleiten lassen.

Die Frage ist, ob sich das WEF auf solche Diskursregeln einlassen würde und welche CEOs, wenn überhaupt, sich ihnen auf den Podien unterziehen wollten. Der Versuch müsste gemacht werden. Sonst wäre SEK und BFA dringend zu empfehlen, um der eigenen Glaubwürdigkeit willen die Übung abzubrechen. ●

¹ Vgl. W. Spieler, «Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?». Beobachtungen und Kommentare zu den acht Veranstaltungen (des Open Forum Davos 2005 vom 27. bis 30. Januar). Als Manuskript erhältlich beim Verfasser.

² In einem Interview mit dem «Vorwärts» (20.5.05) bestätigt Christoph Stückelberger zwar, dass «der wichtigste Druck auf Unternehmen von der Börse» komme, fügt dann aber hinzu, dieser Druck könne «durch gesellschaftlich kontroverse Diskussionen bewirkt werden». So einfach und demokratisch lässt sich offenbar der «Terrorismus der Börse» überwinden.

³ Peter Ulrich, *Integrative Wirtschaftsethik*, Bern 1997, S. 393ff.

⁴ Dialog als Teil einer Gesamtstrategie, in: NW 12/04, S. 363f.

⁵ Dieser Abschnitt ist die überarbeitete Fassung des «Zeichens der Zeit» in: NW 2/05, S. 61ff.

⁶ «Aber wir brauchen auch das WEF; zum Beispiel um in der Welt die von der Uno im Jahr 2000 verabschiedeten entwicklungspolitischen Millenniumsziele in der Welt bekannt zu machen», sagt Mary Robinson laut NZZ (27.1.05). In der Handelszeitung (2.2.05) sieht Noreena Hertz in ihren WEF-Auftritten eine «fantastische Gelegenheit, vor Menschen, die die Macht haben, die Welt zu verändern, von Angesicht zu Angesicht über die Notwendigkeit institutionalisierter Kontrollen für Multis und die mangelnden Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu sprechen». Der Sonntagsblick zitiert auch Ruth Dreifuss mit dem Wort, dass das WEF «eine gute Sache» sei (30.1.05).

⁷ Dialog als Teil einer Gesamtstrategie, in: NW 12/04, S. 364.